

Reichstag.

40. Sitzung am 11. Juni.

40. Sitzung am 11. Juni.

Dritte Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten. Zu § 7, welcher den Hinterbliebenen für ein Vierteljahr noch die volle Besoldung des Verstorbenen zusichert, beantragen Raugieser und Gen. folgende Einschaltung: „Unbeschadet jedoch weitergehender Ansprüche, welche ihm etwa vor Erlaß dieses Gesetzes und vor Eintritt in den Reichsdienst zugestanden sind.“ Ferner folgende Resolution: „dem Reichstag Behufs der Gründung einer Pensionsklasse für die Hinterbliebenen verstorbenen Reichsbeamten ein Gesetzes-Vorlage zu machen.“ Beide werden mit sehr großer Majorität angenommen. — § 10 wird in folgender Fassung angenommen: „Jeder Reichsbeamte hat die Verpflichtung, das ihm übertragene Amt der Verfassung und den Gesetzen entsprechend gewissenhaft wahrzunehmen.“ — § 16: „Kein Reichsbeamter darf ohne vorgängige Genehmigung der obersten Reichsbehörde eine Nebenbeschäftigung, mit welcher eine fortlaufende Remuneration verbunden ist, übernehmen oder ein Gewerbe betreiben. Die ertheilte Genehmigung ist jederzeit widerruflich. Der Eintritt eines Reichsbeamten in den Vorstand, Verwaltungs- oder Aufsichtsrath einer jeden auf Erwerb gerichteten Gesellschaft ist verboten, sofern die Stelle mittelbar oder unmittelbar mit einer Remuneration verbunden ist. Auf Wahlconsuln und einsitzweisen in den Ruhestand versetzte Beamte finden diese Bestimmungen keine Anwendung.“ Hierzu beantragt 1) Dernburg, hinter Alinea 1 einzuschieben: „Dieselbe Genehmigung ist zu dem Eintritt eines Reichsbeamten in den Vorstand, Verwaltungs- oder Aufsichtsrath einer jeden auf Erwerb gerichteten Gesellschaft erforderlich.“ Diesem Antrage: fügt v. Hoyerbed hinzu: „Sie darf jedoch nicht ertheilt werden, sofern die Stelle mittelbar oder unmittelbar mit einer Remuneration verbunden ist.“ 2) Schulze (Berlin): in Alinea 4 hinter den Worten: „In den Ruhestand versetzte Beamte“ einzuschalten: „sowie auf die Vervielfältigung an Erwerbs- und Wirtschafts-gesellschaften.“ Wagner (Altenburg) fügt dem letzteren Antrage hinzu: „und andere gemeinnützige Unternehmungen.“ Abg. Fackler bringt zur Sprache, daß nach einer ihm zugegangenen Mittheilung, deren Verächtigung durch Vertreter der preussischen Regierung er hoffe, Beamte der Centralbehörde, also in höchsten Stellungen, sich von der Regierung hätten Concessionen ertheilen lassen, um sie dann an Gesellschaften zu cediren. Eine solche Handlung sei viel schlimmer und unanständiger als die Nebenahme einer Verwaltungsrathsstelle; denn auf diese Weise verführe der im Dienst befindliche Beamte zu seinem Privatvortheile über ein Werthobject, über das der Staat nur für öffentliche Zwecke disponiren dürfe. Daraus wurde der Antrag Dernburg mit dem Zusatz v. Hoyerbeds angenommen. Die Anträge Schulze-Wagner dagegen wurden abgelehnt. — Zu § 25, der bestimmt, daß folgende Beamten jederzeit mit Wartegeld in den Ruhestand versetzt werden können: der Reichskanzler, der Präsident des Kanzleramts, der Chef der Admiralität, der Staatssecretär im auswärtigen Amte, die Directoren, Abtheilungs-Chefs, Vortragenden Räte und etatsmäßigen Hilfsarbeiter

Nach aus Mexico hier eingelangten Nachrichten wurden die zurifflischen Truppen in einem größeren Gefechte, welches in der Nähe von Montemorelos stattfand, geschlagen. Die Insurgenten haben Monterrey wieder besetzt.

Dr. Stiehl erklärt, daß sein „auch sachlich be-
gründeter Wunsch ist, nicht weiter an neuen Ent-
wickelungen theilhaftig zu sein“, und daß, wenn wir
ihn richtig verstanden haben, es die vorliegende
Schrift sei, in welcher er sein „Testament als Ver-
waltungsbeamter“ niedergelegt habe. Zu diesem Ende
verpflichtet er sich zunächst über die Grundsätze aus,
denen er in pädagogischer und politischer Beziehung
vor seiner regulativischen Zeit verfahren sei. Wir
vertrauen uns, daß wir auch auf andere Bezeugnisse als
sein eignes hin, gar Manches zum Lobe seiner

höheren Thätigkeit sagen können. Wir geben es
 gern zu, daß er niemals die theologischen und kirchen-
 politischen Ansichten und Grundsätze Stiehls und
 Fungtenbergs' getheilt hat. Wir wissen auch
 sehr wohl, daß er vor der Zeit des Kammer'schen
 und nach der Zeit des Mähler'schen Ministeriums
 eben so, wie in einem erst jetzt vor ihm veröffentlichten
 Gutachten von 1858, sich klar und bestimmt
 auf den Standpunkt jener ehrenwerthen kirchlichen
 Richtung gestellt hat, welche das christliche Leben,
 nicht aber das Bekennen zu kirchlichen Lehrmeinungen
 und auch nicht die Angehörigkeit zu dieser
 oder jener Kirchengemeinschaft als eine nothwendige
 Bedingung der religiösen Gesinnung betrachtet.
 Freilich ist dessen ungeachtet sein theologischer und
 kirchlicher Standpunkt in manchen wesentlichen Dingen
 niemals der unsrige gewesen; aber wir konnten
 ihm auch nicht Unrecht geben, wenn er gegen den
 bürren Nationalismus, wie er ehemals aus manchen
 Seminarien auch wohl in die Volksschulen übertragen
 wurde, entschieden opponirte. Nur müssen wir daran
 erinnern, daß auch der dürre Nationalismus immer
 noch ein unendlich Besseres ist, als der rohe Buch-
 stabenglaube und die alberne, im Grunde sogar un-
 sittliche Mystik, welche seit Eichhorn's und zumal
 seit Kammer's Zeit (und in dieser sogar unter
 wesentlicher Mitwirkung gerade der Stiehlschen
 Regulative) über die meisten Seminarien und un-
 zählige Volksschulen sich verbreitet hat. Ferner hat
 Stiehl ganz Recht gehabt, wenn er gegen jenen
 leeren Formalismus sich erklärte, dem auch wahre
 und sonst verdienstvolle Pädagogen in mißverständlicher
 Consequenz der Pestalozzischen Lehren sich hin-
 geben. Auch wird es heute kaum Jemand noch recht-
 fertigen wollen, wenn ebendam in Schullehr-
 seminarien systematische Pädagogik, Anthropologie
 und Psychologie und zwar mehr schematisch als wirk-
 lich systematisch, und oft genug recht geistlos vor-
 getragen wurden. Ebenso wenig haben wir gebilligt,
 wenn man in den Seminarien, wie auch in den
 Volksschulen sehr häufig die Gegenstände des Unter-
 richtes nicht lehrte, weil sie an sich selbst werth sind,
 daß der Mensch sie kennen und verstehen lerne, son-
 dern sie als an sich selbst ganz gleichgiltige Dinge
 behandelte, nur dazu gut, um an ihnen die Jugend
 im logischen Denken zu üben. Daß man damit auch
 nicht einmal zum logischen Denken, sondern oft genug
 nur zu ganz unwahren Vorstellungen in äußerlich

im Reichskanzleramt und in den Ministerien, die Militär- und die Marine-Intendanten, die diplomatischen Agenten und Berufs-Consuln, beantragt Abg. Kasper: a. statt der Worte: „vortragenden Rätthe u. s. w. bis Ministerien“ zu setzen: „bisherigen vortragenden Rätthe u. s. w. bis Ministerien“, welche unter dem Vorbehalt der einstweiligen Veretzung in den Ruhestand angestellt worden sind“; b. als zweiten Absatz hinzuzufügen: „Die im Dienste befindliche Zahl der vortragenden Rätthe, sowie die Zahl der etatsmäßigen Hilfsarbeiter, welche mit Vorbehalt der einstweiligen Veretzung in den Ruhestand angestellt werden, soll nicht die Hälfte der etatsmäßigen Stellen der entsprechenden Kategorie übersteigen.“ — Der Antrag wird angenommen. — § 95. „In der Voruntersuchung wird der Angeuldigte unter Mittheilung der Anschulbigungspunkte vorgeladen und der Beamte der Staatsanwaltschaft zugezogen. Dieselben werden, wenn sie erscheinen, mit ihren Erklärungen und Anträgen gehört. Die Zeugen werden, nach Befinden eiblich, vernommen, und die sonstigen Beweise erhoben. Den Vernehmungen dürfen der Beamte der Staatsanwaltschaft und der Angeuldigte beiwohnen. Die Verhaftung, vorläufige Festnahme oder Vorführung des Angeuldigten ist unzulässig.“ Abg. Kasper beantragte, den letzten Satz des ersten Alinea folgendermaßen zu fassen: „Der Beamte der Staatsanwaltschaft und der Angeuldigte sind zu den Verhandlungen über die Beweisaufnahme beizuladen und dürfen den Vernehmungen der Zeugen beiwohnen“, und als § 95a. einzufügen: „Der Angeuldigte kann vom Beginn der Voruntersuchung ab sich des Beistandes eines Rechtsanwalts bedienen. Dem Letztern ist die Einsicht in die Voruntersuchungsacten zu gestatten.“ — Bundescommissar Achenbach bittet, diese Anträge abzulehnen und die ursprüngliche Vorlage wiederherzustellen, wonach der angeuldigte Beamte der Vernehmung der Zeugen nicht beiwohnen darf. Eine Beschlusfassung im entgegengesetzten Sinne werde das Zustandekommen des Gesetzes in Frage stellen. — Präsident Delbrück: Das vorliegende Gesetz, wie namentlich sein zweiter Theil sich jetzt gestaltet hat, bietet nach so vielen Seiten im Anlaß zu Erwägungen dar, für deren gründliche Erlebigung die Zeit nicht anreichte, daß es für die Bundesregierungen in der That nicht möglich ist, zu den einzelnen Bestimmungen durchweg eine so präcise Stellung zu nehmen, wie ich lebhaft gewünscht hätte. Sie haben dessen ungeachtet geglaubt, zu einzelnen besonders hervorragenden Fragen eine solche Stellung nehmen zu müssen, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, als hätten sie geschwiegen zu einer Zeit, wo das Reden etwas geboten hätte. Abg. Kasper hält die hier vorliegende Frage für eine technische und untergeordnete; das ist sie aber nicht, sie trägt in dies Gesetz ein Princip hinein, für welches in einer eigentlichen Criminal-Untersuchung Erfahrungen noch nicht gesammelt sind, noch viel weniger in Beziehung auf Disziplinar-Untersuchungen, die sich ja in vielen wichtigen Beziehungen von den ersteren wesentlich unterscheiden. Nach unserer Ueberzeugung ist eine Disziplinar-Untersuchung in der Weise, daß in der Voruntersuchung eine Mitwirkung des Vertheidigers stattfindet, der, wenn er mitwirkt,

logischer Form gelangte, wurde lange Zeit auch von Vielen der Besten übersehen. Indes ist dieser, doch auch der Natur der Sache nach nicht vollkommen inhaltslose, und mehr gemollte, als wirklich durchgeführte Formalismus immerhin noch besser, als der stumpfe Realismus oder das gedankenlose Träumen vieler Regulativseminarien und Regulativschulen. Doch in seiner vorregulativischen Zeit hatte Stiehl vollkommen Recht, wenn er gegen jene pädagogischen Verirrungen mit aller Entschiedenheit polemisirte. Unrecht war es nur, daß er in unlöslicher Selbstüberhebung wegwerfend oder gar, der Sinnesart höher Stehenden mehr, als der eigenen, nachgebend, verfolgungslüchtig gegen Männer auftrat, die trotz mancher Irrthümer doch die wesentlichsten Verdienste um die Seminarien und die Volksschulen erworben hatten, und deren männlicher, auch nicht vor Eichhorn und dessen Günstlingen sich beugender Charakter ihm Ehrerbietung hätte einflößen sollen.

Ein unbedingteres Lob dagegen müssen wir der politischen Haltung zuerleihen, welche Dr. Stiehl in jenen bösen Tagen beobachtete, als der Verrath von Olmütz die Nation gegen das Manteuffel'sche Ministerium mit der gerechtesten und tiefsten Entrüstung erfüllte. Mit Recht rühmt er sich, daß er damals eines der wenigen Mitglieder der rechten Seite der zweiten Kammer war, welche „in der bis zuletzt von den Ministern v. Kadowitz und v. Ladenberg vertretenen Richtung“ unerschütterlich verblieben. Vier Tage nach der Zusammenkunft Manteuffels mit Schwarzenberg fand jene Sitzung der zweiten Kammer statt, in welcher Manteuffel das feige Wort sprach: „Der Starke tritt einen Schritt zurück“, und Binde seinen Antrag, es möge die Kammer in einer energischen Adresse den König um den Bruch mit dem schwachvollen Systeme seiner damaligen Rathgeber bitten, mit dem berühmten Ausrufe schloß: „Weg mit diesem Ministerium!“ In dieser Sitzung wußte Stiehl sehr wohl, daß nicht Manteuffel gehen würde, sondern sein eigener Chef, der Cultusminister v. Ladenberg; aber er nahm keinen Anstand, in einer wohlbedachten Rede und mit mummündenden Worten die Politik Olmütz als eine Verletzung der preussischen Ehre und Würde, als einen offensbaren Abfall von der welthistorischen Aufgabe des preussischen Staates zu bezeichnen. Das Ministerium wagte es damals nicht, diese Debatte

soll, ja besagt sein muß, an die Zeugen und den Untersuchungsrichter Fragen zu stellen und ein contradictorisches Verfahren mit den Zeugen zu eröffnen, überhaupt nicht zulässig, weil der ganze Character einer Disziplinar-Untersuchung damit nicht vereinbar ist. Nun kommt noch hinzu, daß nach dem Scheitern des Entwurfes im Grunde genommen in allen Fällen die gesammte Beweisaufnahme, sobald der Angeklagte es verlangt, von der Disziplinarkammer wiederholt werden muß und also auch in der Hauptuntersuchung wiederkehrt. Ein Antrag v. Dörnberg, daß der Zeugenvernehmung weder Staatsanwalt noch Angeklagter beiwohnen dürfe, wird angenommen, worauf Abg. Baseler den seinen zurückzieht. — Nächste Sitzung: Mittwoch.

Deutschland.

Deutschland.
 △ Berlin, 11. Juni. Der Bundesrath hat heute folgenden „Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Beschränkung des Rechtes zum Aufenthalt der Jesuiten im deutschen Reich“ angenommen: „Wir Wilhelm u. s. w. § 1. Den Mitgliedern des Ordens der Gesellschaft Jesu oder einer mit diesem Orden verwandten Congregation kann, auch wenn sie das deutsche Indigenat besitzen, an jedem Orte des Bundesgebietes der Aufenthalt von der Landespolizeibehörde versagt werden. § 2. Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen werden vom Bundesrath erlassen. Urtundlich u. s. w.“ Es wurde beschlossen, den Entwurf mit kurzen Motiven zu begleiten, in denen zunächst der Wortlaut des Reichstagsbeschlusses über die Jesuiten-Petitionen wiederholt wird und dann ausdrücklich beigefügt werden soll, daß der Gesetzentwurf beabsichtige, vorläufig nur jenem Theil der Reichstagsbeschlüsse, welcher sich auf den Orden der Gesellschaft Jesu bezieht, eine gesetzgeberische Folge zu geben, indem es vorbehalten bleiben müsse, zur Regelung der sonstigen in den Beschlüssen des Reichstages angeregten Fragen weitere Gesetzgebungsacte nach Maßgabe der Reichsversammlung eintreten zu lassen. — In der Reichstagscommission zur Vorberathung des schwebenden Gesetzentwurfs, betreffend die private rechtliche Stellung von Vereinen, wurde gestern Abend die erste Lesung beendet. In zweiter Lesung wurden die §§ 1—3 erledigt. Der § 1, der betreffend eine Reihe von Vereinigungen von dem Gesetze ausschließt, gelangte mit einem von dem Abg. v. Kusterow vorgeschlagenen Amendement folgender Inhalts zur Annahme: „Dieses Gesetz findet keine Anwendung: 3. Auf Vereine von Arbeitgebern oder Arbeitern, welche nach ihren Sätzen oder thatsächlich sich die Veranstaltung von Arbeits-Ausstellungen oder Einstellungen zur Aufgabe machen, insofern sie die Verpflichtung, sich an den die Verhütung und Schlichtung von Streitigkeiten über Lohn und Arbeitsbedingungen bezweckenden Einigungs- und Schiedsämtern zu betheiligen, statutarisch nicht anerkennen.“ Zu § 3 ward auf den Antrag desselben Abgeordneten folgender Zusatz beschlossen: „Die zur Unterstutzung von Kranken und Invaliden oder für die Begräbnisse oder zu anderweitigen Unterstutzungszwecken erhobenen Gelder sind getrennt zu halten, zu buchen und zu verwalten und dürfen unter keiner Bedingung zur Unter-

zu Ende kommen zu lassen; es wurden daher die Kammern auf vier Wochen vertagt. Als nun nach ihrem Wiederaufammentritte die rechte Seite des Hauses und eine Anzahl anderer schwächer Gemüthter die Adresse durch Uebergang zur einfachen Tagesordnung zu beseitigen beschloßen, war es Stiehl, der in einer motivirten Tagesordnung zwar nicht die Bindeische Adresse beifhwortete, aber doch ein offenes und entscheidendes Tadelvotum gegen das Ministerium beantragte. Damals, was wohl zu bemerken, hatte Radenbergs Sohn seinen Abschied erhalten, und der neue Cultusminister v. Kanner stand dem Ministerialrathe gegenüber, als dieser sein Tadelvotum einbrachte und dann bei der namentlichen Abstimmung sich gegen die auch von seinem Chef eifrig gewünschte, schließlich nur mit einer Majorität von vier Stimmen durchgebrachte, einfache Tagesordnung erhob. Ein solcher Mann war damals der Geheimrath Stiehl.

Aber sehen wir ihn wenig über drei Jahre später! Wir machen es Herrn Stiehl gewiß nicht zum Vorwurfe, daß er bald nach jenem 7. Januar aus dem Abgeordnetenhaufe austrat, weil er, wie er selbst in seiner „Flugschrift“ sagt, „seine Stellung als Ministerialrath für wichtiger hielt als seine Stellung als Abgeordneter.“ Indess reichte offenbar sein bloßer Austritt aus dem Abgeordnetenhaufe nicht hin, um ihn in seiner „Stellung als Ministerialrath“ zu erhalten. Herr Stiehl selbst freilich stellt die Sache nicht so dar, als ob gerade seine Person, sondern nur, als ob die im Volksschulwesen von ihm vertretene Richtung gefährdet gewesen wäre. Ja, er ist sehr geneigt, zu behaupten, er habe seine, ebendam ausgeprochenen und bestrittenen, und, wie schon gesagt, im Ganzen nicht unbilligen pädagogischen und religiösen Grundzüge auch ferner dadurch in Geltung erhalten wollen, daß er dem Minister die (man höre und staune) die drei Regulative vorgelegt habe. Wir wissen allerdings schon längst, auch ohne seine festige Erklärung, daß diese Regulative nicht von Rammner, auch nicht von Stahl und Hengstenberg inspirirt, sondern daß sie Stiehl's eigenes Werk sind. Es ist vollkommen richtig, daß er sie „nicht auf ministerielle Anordnung, sondern selbstständig gearbeitet“ hat. Es ist eben so richtig, wenn er sagt, daß in jener Zeit die politische und kirchliche Reaction die Schule in

haltung von Arbeitsstellen oder Aussperrungen wie zu anderen Zwecken, als für welche sie erhoben worden sind, verwendet werden. Dementsprechend hat eine jährliche oder periodische Rechnungslegung über die Vereinnahmung, Veranlagung und Verwendung des Geldes je nach den verschiedenen Zwecken stattzufinden und muß die Einsicht in die Bücher des Vereins jeder Zeit und jeder an dem Vereinsvermögen interessierten Privatperson sowie der in diesem Gesetz bezeichneten Aufsichts- (Regierungs-) Behörde gestattet werden. Morgen Mittwoch wird voranschließlich die letzte Sitzung der Commission stattfinden. Unter den für die zweite Lesung noch vorbehaltenen Anträgen erwähnen wir namentlich einen Zusatzantrag zu § 11, der den Zweck hat, ausstehende Mitglieder gegen den Verlust ihrer Einträge in die Vereinslisten in der Weise zu schützen, daß dieselben je nach ihren Leistungen, der Zeitdauer ihrer Zugehörigkeit zum Verein und nach ihrem Lebensalter in einer durch Sachverständige zu bestimmenden Höhe entschädigt werden sollen.

Die letzten Schwierigkeiten der Luxemburger Angelegenheit sollen einem Teil der „S. R.“ zufolge ausgeglichen und der Abschluß jederzeit zu erwarten sein.

Fürst Bismarck trifft, wie verlautet, am 14. hier ein, und wird auch den 15. hier verweilen, ein Mal, um über das Jesuitennotgesetz dem Kaiser Vortrag zu halten und dann am event. den Debatten im Reichstag beizuwohnen.

Morgen wird der amerikanische Gesandte Bancroft die Mitteilung seiner Regierung auf die englische Darstellung des Sachverhalts in der San-Juan-Angelegenheit dem Kaiser, als dem erwählten Schlichter, überreichen.

Die Kronprinzlichen Herrschaften werden im Laufe des Juni einen längeren Sommeraufenthalt in Verschörsgraben nehmen und dort die Villa Waldenburg bewohnen. Die älteren Kronprinzlichen Kinder werden nach der Insel Föhr gehen, um dort Seebäder zu gebrauchen.

Graf Moltke hat sich gestern mit Urlaub für den ganzen Sommer auf seine Besitzung in Schlesien bez. auf Erholungsreisen begeben.

Das Plenum des Reichs-Oberhandelsgerichts, bisher aus 16 Räten bestehend, ist um ein Mitglied vermehrt worden, um einen Ersatz, der in den nächsten Tagen in Leipzig eintreffen soll.

Außer der Stiefelschen Schrift: „Meine Stellung zu den Regulativen“ ist für die bevorstehende Schulconferenz noch eine andere Vorlage ausgearbeitet worden, welche auf die Entwicklung des Volksschulwesens in Preußen Bezug nimmt. Diese Vorlage wird der Konferenz als amtliches Programm dienen.

Die Geschäftsweise unserer Stadtverordneten-Versammlung erregt bekanntlich schon lange in weiten Kreisen Bedenken. Man hat deshalb das Verfahren des Oberbürgermeisters Hohrecht, den Sitzungen der Versammlung persönlich beizuwohnen, in der Bürgerschaft mit besonderer Genugthuung begrüßt, weil man davon eine Beilegung der meist den Charakter durchaus persönlicher Eifersüchteleien an sich tragenden Differenzen zwischen den beiden städtischen Corporationen erwartet. Eben darum scheint das Verfahren des Herrn Hohrecht aber nicht nach dem Sinne mehrerer Stadtverordneten zu sein. Wie die „Voss. Ztg.“ mitteilt, ist man in Kreisen der Stadtverordneten, zu dem Resultat gelangt, daß das von dem Oberbürgermeister Hohrecht beobachtete Verfahren, abgesehen von der Frage über die Zweckmäßigkeit desselben mit den Vorschriften der Geschäftsordnung (welche die Ernennung und Mittheilung besonderer Magistrats-Commissionen in's Auge gefaßt hat) nicht im Einklange steht und daß deshalb das seitliche Verfahren unter allen Umständen beibehalten werden müsse. Es soll denn auch bei einzelnen Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung die Absicht vorwalten, diesen Gegenstand offiziell zur Sprache zu bringen, um so event. einen förmlichen Beschluß der Versammlung herbeizuführen. — Wir dächten, bemerkt die „S. R.“ dazu, der einzig mögliche Beschluß könnte nur sein, von dem ungeheuren Pöppel der bestehenden Geschäftsordnung so viel als irgend möglich abzuschneiden.

Mitleidenschaft zu ziehen“ gesucht habe, und daß nach dieser Richtung hin sehr viele Bedenken vorläge, an den Minister v. Kaumer gelangt seien. „Aber es ist doch ein sehr starkes Stück, wenn er wörtlich hinzusetzen mag: „hätte ich nicht meine Regulative vorgelegt, es würden andere, meines Erachtens die wahren Interessen der Schule nicht fördernde Reglements gegeben worden sein.“ Da müssen wir doch, auf äußere, wie auf innere Beweis-mittel gestützt, antworten: Nein, verehrter Herr, nicht in einem andern Sinne, sondern nur von andern Personen ausgearbeitete Reglements würden an die Stelle der Ihrigen getreten, und das Reglement über die preussischen Volksschulen alsdann aus Ihren Händen in die Hände anderer Männer übergegangen sein. Wenn die Reaction in der Schule doch einmal liegen sollte, so sollten wenigstens nicht andere Männer, sondern Sie selbst wollten zwar nicht die Ehre (denn die gab es nicht) aber doch die Vortheile des Sieges ernten.

Freilich sucht Herr Stiehl mit nicht geringer Kühnheit zu beweisen, daß der Inhalt der Regulative mit den von ihm früher kundgegebenen und festgehaltenen Grundsätzen ja vollkommen übereinstimme. In der That müssen wir zugeben, daß den Worten nach, diese, in ihrer Allgemeinheit ja auch von uns großen Theils für richtig gehaltenen Grundsätze, allerdings auch in den Regulativen zu finden sind. Aber (wie können hier natürlich auf eine nähere, überdies schon früher mehrfach von uns geübte Kritik der Regulative nicht eingehen) neben jenen richtigen Grundsätzen stehen wieder andere, durch welche sie vollständig wieder aufgehoben werden. Dabei ist die in den Regulativen vorgeschriebene Art der Ausführung überall eine solche, daß der Lehrer, der diesen Vorschriften sich verständig fügt, wohl die falschen Grundsätze, niemals aber die richtigen auszuführen im Stande ist. Was hilft es, wenn zehn und zwanzig Mal von selbstständiger Auffassung und Verarbeitung, von selbstständigem Denken der Lernenden die Rede ist und die Lebensmal dabei vorgeschriebene Methode schlechterdings nur mechanischen Auswendiglernen nöthigt? Freilich möchte Herr Stiehl gern beweisen, daß gerade der am häufigsten und lautesten gegen die Regulative erhobene Vorwurf ein unbegründeter sei, nämlich der, daß sie gerade das bloß auswendig lernen lassen wollen, was nur Werth und Bedeutung hat, wenn es im Innersten der Menschenseele gedacht und

— Wie der „Germania“ mitgetheilt wird, hat Herr v. Kaumer, da auch der Justizminister ein Einschreiten der Staatsanwaltschaft gegen die „Nordb. Allg. Ztg.“ nicht für geboten erachtet hat, nunmehr die Privatklage gegen das genannte Blatt angestrengt.

München, 11. Juni. Der Magistrat hat in der die Jubelfeier der Universität betreffenden Angelegenheit beschlossen, dem Antrage der Gemeindebevollmächtigten, „daß geeignete Schritte zur würdigen Betheiligung an der Jubelfeier berathen und geeignete Vorschläge in dieser Beziehung baldmöglichst gemacht werden“, beizutreten und sich deshalb an den Senat mit der Anfrage zu wenden, ob überhaupt Feierlichkeiten und wann dieselben stattfinden, und welche bestimmte Feierlichkeiten in Aussicht genommen sind. (W. Z.)

Wien, 11. Juni. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses legte der Handelsminister einen Gesetzentwurf, betreffend die Herstellung eines Donau-Öderkanals vor. — Von Czernowski wurde eine Interpellation wegen Aufhebung des Zolles für literarische Erzeugnisse aus dem Königreich Polen eingebracht. — Die Vorlage, betreffend die Herstellung einer Eisenbahn Tarnow-Lebusch und Volzen-Meran, wurde ohne Debatte angenommen. (W. Z.)

Bern, 11. Juni. Von den durch die Internierung der französischen Armee entstandenen Kosten sind der Bundesregierung zwei weitere Millionen durch die französische Regierung erstattet worden. Die Zahlung des Restes von 2,200,000 Frs. steht demnach zu erwarten. (W. Z.)

Brüssel, 9. Juni. Der König hat durch ein vom 7. Juni datirtes Decret B. Dumortier, ein clerikales Mitglied der Repräsentantenkammer, zum Staatsminister ernannt.

11. Juni. Bei den heutigen Wahlen zur Ergänzung der zweiten Kammer wurden in den Wahlbezirken Furnes, Bastogne, Arlon, Ypres die sämtlichen austretenden Deputirten wiedergewählt. In Digne wurde der Justizminister de Lantier (Katholik), in Birton Albert de Vriey (clerical) gewählt. In Nivelles wurden zwei Clericale und zwei Liberale gewählt. In Philippeville erhielten beide liberale Candidaten die Majorität. In Brüssel siegten die Liberalen mit einer Majorität von 3200 Stimmen. (W. Z.)

Christiania, 1. Juni. Mit dem Dampfschiffe „Jupiter“ ist dem norwegischen „Aftenbladet“ zufolge die Expedition zur Goldwäscherei in Finnmarken von Drontheim abgegangen. Mit demselben Dampfschiffe wurde ebenfalls die in Stavanger gebildete Expedition beordert und auf der Insel Vaddö soll dem Vernehmen nach eine ähnliche zur Abreise fertig sein. Da in solcher Weise das Goldwäschereiwesen in Finnmarken von drei verschiedenen Abtheilungen vorgenommen werden soll, so muß es sich in diesem Jahre wohl endlich zeigen, ob die Goldlager daselbst wirklich so reichhaltig sind, daß wiederholte Expeditionen sich bezahlt machen können oder nicht. (W. Z.)

London, 10. Juni. Ein Telegramm aus Banzibar über Bombay verkündet, daß Dr. Livingston sich in gutem Gesundheitszustande in Unyamwebe befindet.

Paris, 9. Juni. Die Militär-Debatte hat Allen etwas gebracht: Gambetta den Ruf der Majorität, Trochu die Herstellung seines Rufes als militärische Capacität und Thiers den gewünschten Erfolg. Nach der Rede des Präsidenten der Republik hatten Trochu's Vorschläge nur noch 228 gegen 462 Stimmen. Thiers fühlte sich und warf mit militärischen Details um sich wie ein alter Marschall von Frankreich. Dabei war er so bescheiden, zu äußern, „wenn er Herr der Geschicke des Landes wäre, so...“ und „es sei nicht wahr, daß das preussische Militärsystem das französische besiegt hätte, bloß die preussische Regierung habe die französische besiegt.“ Diese und ähnliche Forderungen wurden von den Zuhörern empfunden. Aber er wagte es nicht, diesen Beweis anzutreten, weil auch seine Copie nicht einmal zur Führung eines Scheinbeweises ausreichen würde. Er verschiebt sie daher auf die von dem Minister angeordnete Konferenz. Nur sucht er die Sache so nebenher durch ein falsches Citat wenigstens zu verbunkeln. Er sagt nämlich S. 42, es forderten die Regulativen in der Volksschule, die Einführung in das Verständnis“ von 180 Visscherschen und 30 Kirchensiedern. Aber in den Regulativen (S. 67 der amtlichen Separatansgabe) heißt es ausdrücklich nur, sie sollten „eingepreßt“ und „fest gelernt“ werden.

Die beschämteste Anklage aber erhebt Herr Stiehl selbst gegen sein Werk und mehr noch gegen seine eigene Person. Er behauptet nämlich, daß er in den Regulativen, um sie dem Minister v. Kaumer annehmbar erscheinen zu lassen, von seiner eigenen Art nur darin abgewichen sei, daß er sich mehrfach „paranetischer (d. h. anregender und erbaulicher) Einfälle der Gedanken in biblischer Form“ bedient habe, weil dieselben „unter den damaligen Verhältnissen nützlich erschienen und beliebt wurden.“ Und dazu ist es nicht einmal wahr, daß Herr Stiehl in seinen Regulativen nur diese Sünde begangen hat. Noch weit mehr als durch sie hat er den Minister durch den, seine früheren Grundsätze verleugnenden, Inhalt des schlimmen Wertes für sich gewonnen. Er hat es den Gedanken und Wünschen desselben in allen Stücken so anzupassen gewußt, daß der Minister für sein Werk der „politischen und kirchlichen Reaction“ unter Allen, die sich an ihn herandrängten, kein besseres Werkzeug finden zu können glaubte, als den früher ihm so antipathischen Stiehl.

Außerdem bemerken wir noch, daß Herr Stiehl in seiner „Flugschrift“ noch das Zugeständniß macht, daß seine Regulative jetzt nicht mehr durchaus zeitgemäß seien, daß vielmehr die jetzt weiter vorgeschrittene Zeit auch einen vorgeschrittenen Unterricht in den Seminarien und den Volksschulen nothwendig mache, ein Zugeständniß, welches allerdings nicht allzusehr nach einem „Testament als Verwaltungsbeamer“, sondern vielmehr als ein Anerkennen zu weiteren Diensten klingt.

Von allem Uebrigen schweigen wir. Nur darüber müssen wir noch unser aufrichtiges Bedauern ausdrücken, daß Herr Stiehl nicht auch vorgezogen hat, zu schweigen. H. Böttner.

hören verschlungen; sie fühlten ihre Selbstherrlichkeit und ihre Unbesiegtigkeit, denn die besiegte Regierung wurde weggelegt und so hat das unbesiegte Frankreich seine Ehre wiederhergestellt. Thiers, der den Chauvinismus gehäßt hat wie sein Adoptivkind, hatte die kaiserliche Regierung „mit Thronen besetzt“, keinen Krieg anzufangen, selbst Louis wäre in acht Tagen nicht schlachtfertig gewesen.“ Thiers verstand es segar, die Preussens zu loben und dabei den Franzosen so zu schmeicheln, daß sie staunend seinen Reden folgten. Und dann wie überraschend, wie geistreich: „Man spricht von Völkern in Waffen; aber wo giebt es bewaffnete Völker? Bei den Barbaren, bei den Wilden; die kriegerische Nation der Welt, die Römer, hatten in den Zeiten ihrer höchsten Macht nur 300,000 Mann unter den Waffen. Das Zeitalter, wo sie noch alle bewaffnet waren, war das, wo sie noch Vieh und Weiber stahlen!“ Wie beweiskräftig für ein französisches Herz: die Römer hatten nur 30,000 Mann, um die Welt zu bezwingen, und Thiers will das Doppelte, das Dreifache für das moderne Römerthum! „Über bildet man sich etwa ein, in Deutschland sei Jedermann bewaffnet? Das ist ein großer Irrthum!“ Diese Art zu überzeugen, hat etwas Naives, und doch ist sie voll Berechtigung; denn Thiers ist ein Mann, der seine Franzosen kennt und mit der National-Versammlung zu reden weiß, wie der Fuchs mit den Gänsen. Und nun die merkwürdige Episode aus der Kriegsgeschichte Napoleon's, wie er seine Anführer ausbildete, diese „Eisenblätter!“ Man wird überrascht wie in einem Kaleidoskope, natürlich muß man den kindlichen Sinn zu diesen Erläuterungen mitgebracht haben; kritisch verfahren darf man nicht. Und doch hat Thiers mit seinen Ideen und seinen Schönbereitungen für sein Land und seine Epoche nicht ganz Unrecht; er kennt die Bourgeoisie und ihren Widerwillen gegen die Wehrpflicht, er kennt den Adel und dessen Untauglichkeit, als Reiter der Masse zu dienen, und er kennt die Liebhaberei der Burden vom Lande, welche sobald sie die Genüsse der Hauptstadt gekostet haben, ihren Lebenszweck im Casernenleben finden. „Ein Volk in Waffen“ ist ein deutscher Begriff, der in seinen französischen Kopf richtig hineingeht; daher konnte der alte Schlachtopf unter dem laudenden Beifall seiner Zuhörer spötteln: „Frankreich ist dem Zauber der Lebensarten zu sehr unterworfen und man führt es mit Worten an der Nase herum, bald mit „Liberté“, die zum Despotismus, bald mit „ordre“, die zum Verberben, bald mit „fraternité“, die zu Septemberscenen führt, und jetzt ist la nation armée morte.“

Der in Nizza erscheinende „Persero“ ist wegen Hochverraths angeklagt in Folge einiger Artikel, in denen er die Trennung Nizzas von Frankreich gefordert hat.

Bayonne, 10. Juni. Von den diesseitigen Behörden ist der carlistisch gefinnte Deputirte für Bischoa, Uncia, sowie der ehemalige Deputirte Dchoa, welcher ebenfalls der carlistischen Partei angehört, verhaftet worden und sollen dieselben internirt werden. Dem Vernehmen nach verlangt die spanische Regierung die Ausweisung derselben aus Frankreich.

Aus Warschau wird berichtet: Das Eisenbahnnetz des Königreichs Polen geht einer neuen Erweiterung entgegen. Außer dem Entwurfe der Warschau-Clupeer Bahn, durch welche die nächste Verbindung zwischen Warschau und Posen hergestellt würde, liegen dem Comité der Minister noch Projecte folgender im Königreiche Polen zu erbauender Bahnen zur Vergütung vor: 1) von Praga resp. Warschau, die Festung Wodlin (Nowogroziemski) und die Stadt Ma bis an die preussische Grenze Behufs Verbindung Warschaws mit Danzig; 2) von Lodz nach Kalisz; 3) von der Eisenbahnstation Radomir bis Lublino in der Richtung von Konse bis Ostrowiec und den künftigen Bergwerksbezirk und zwar so, daß diese Linie auf das rechte Weichselufer in's Lubliner Gouvernement hinüber geführt werden könnte; 4) von der Eisenbahnstation Kaz über Kiele und Radom, an der im Lubliner Gouvernement am Einfluß des Wieprz in die Weichsel belegenden Festung Zwangorod vorbei bis an die Warschau-Lesepoler Eisenbahnstation Ludow. Eine der wichtigsten Bahnen wird die Pietrkow-Sandomirer Linie werden, denn sie durchschneidet einen Landstrich, in dem hauptsächlich die Eisenindustrie einen bedeutenden Aufschwung genommen.

Italien. JN. Rom. Im Vatikan hat man beschlossen ein „Bataillon der Hoffnung“ der katholischen Jugend zu bilden, welches natürlich aus den dem päpstlichen Hofe treuen jungen Leuten zusammenge-sezt werden soll. Es hat sich schon eine Schaar von Knaben zusammengefunden, welche dem hl. Vanner Treue schwören wollen. Es wird ihnen eine elegante und reiche Uniform gegeben werden, und die Waffen für sie werden im Auslande bestellt, die Übungen geschehen im Vatikan.

Rom, 9. Juni. Das hiesige Municipium hat einstimmig beschlossen, von der Regierung die Ermächtigung zur Expropriation von noch vier Klöster zu verlangen. So meldet man der „Germania“. Die Wichtigkeit dieser Nachricht vorausgesetzt, mußte jedenfalls zugegeben werden, daß die städtischen Behörden von Rom bei Befriedigung der sich gegenwärtig für die Stadt ergebenden Bedürfnisse höchst praktisch zu Werke gehen, indem sie damit zugleich den Schwierigkeiten, welche die für Rom besonders in Aussicht genommene Klostersegregierung zu bereiten droht, im Voraus durch Beseitigung der Klöster wirksam begegnen.

10. Juni. Die Kammer hat ohne größere Debatte das Budget für die Ministerien des Unterrichts, der Marine und der Finanzen genehmigt. — Morgen beginnt der Prozeß wegen des Vorfalles an der Porta Cavallegieri — Tödtung eines päpstlichen Gendarmen durch römische Nationalgardisten. Die zu dem Prozeß als Zeugen vorgeladenen päpstlichen Gendarmen haben von der päpstlichen Curie die Erlaubniß erhalten, ihre Aussagen bei der öffentlichen Gerichtsverhandlung zu erstatten. (W. Z.)

Constantinopel, 9. Juni. Die russischen Häfen des Schwarzen Meeres sind unter Quarantäne gesetzt worden wegen Ausbruchs der Cholera in Podosien. In Odessa hat die Seuche sich noch nicht gezeigt.

Danzig, den 12. Juni. Dem Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft ist von dem hiesigen französischen Consulate mitgetheilt

worden, daß in Frankreich auch jetzt noch von den aus den Ostseehäfen kommenden Schiffen Gesundheits-Atteste verlangt werden. Der Herr Consul hat deswegen bei seinem Ministerium speziell angefragt.

In der nächsten Session des preussischen Landtages soll das schon seit längerer Zeit gewünschte Fischereigesetz vorgelegt werden. Der Entwurf desselben ist den Regierungen zur Aeußerung bereits zugegangen. Es wäre sehr erwünscht, wenn auch die Interessenten selbst rechtzeitig ihre Ansichten darüber kundgäben. An Wünschen, welche eine Berücksichtigung verdienen, fehlt es denselben bekanntlich nicht.

Die entsetzlichen Gräuelt, welchen neuerdings wieder die Juden Rumäniens zum Opfer gefallen, haben das Maß der schon so oft an denselben verübten Grausamkeiten in jedem Sinn weit überschritten und die ganze civilisirte Menschheit ohne Unterschied des Glaubens und der Nationalität erhebt einen Aufschrei der Empörung über Missethäter, verglichen nur auf den dunkelsten Seiten der Geschichte vergeichnet stehen. Während mit Sicherheit zu erwarten ist, daß die Menschlichkeit, das Gewissen und das Schamgefühl der gebildeten Völker die Regierungen zu vorbeugenden Maßnahmen des Einschreitens gegen die Wiederkehr so schändlicher Vorfälle nöthigen werden, handelt es sich für den Augenblick darum, die dringende Noth der zahllosen Unglücklichen zu lindern, welche nachdem sie ihrer Angehörigen gewaltsam beraubt, nachdem sie mißhandelt, geschändet, geplündert worden, noch stets ruhe- und sicherheitslos von Verstand zu Verstand umherirren. In Berlin hat sich bereits ein Comité gebildet aus den H. H. Dr. Verhölth Auerbach, Dr. Bleichröder, H. D. H. Goldschmidt, Prof. Dr. Lazarus, M. Magnus, Dr. H. B. Oppenheim, Ferd. Reichenheim u. c., welche die Beiträge sammeln und für die richtige Verwendung derselben Sorge tragen werden. Auch die Redaction dieser Zeitung ist gerne bereit, Beiträge anzunehmen und dieselben dem Berliner Comité zu übermitteln.

Der Marine-Intendantur-Rath Hennicke ist zum Wirklichen Admiralitäts-Rath ernannt worden.

Aus einer von dem General-Arzt der Marine erstatteten, im Marine-Verordnungsblatt vom 1. Juni d. J. veröffentlichten Uebersicht über die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse der kaiserlichen deutschen Marine auf der heimathlichen und ostantischen Station entnehmen wir Folgendes: In Kiel waren die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse folgende im Jahre 1871: Bei einer durchschnittlichen Besatzungsstärke von 1711 Mann erkrankten 1910, gleich 111,58 %, es erkrankte also jeder Mann 1,1 mal; es starben (an Krankheit) 11, gleich 0,64 %. — Diesen Zahlen stehen von den auf der ostantischen Station befindlichen Schiffen folgende gegenüber: Bei einer durchschnittlichen Besatzungsstärke von 1620 Mann erkrankten während der ganzen Dauer der Reise, also in 3 Jahren 7656 gleich 472,59 %, es erkrankte also jeder Mann 4,72 mal, oder in einem Jahre 1,57 mal; es starben während der Dauer der Reise 45, gleich 2,72 %, oder jährlich 0,92 %. Es ergibt sich somit ein Mehr von 45,96 % von Erkrankungsfällen, und von 0,92 % von Todesfällen, für die Station in Ostasien bei einem Vergleich oberer Stationen; — d. h. also auf der ostantischen Station erkrankten von je 100 Mann jährlich 45 mehr als in der Heimath und starben von je 1000 Mann jährlich 2,2, also fast drei Mann mehr, als in der Heimath. — Bei den in Ostasien befindlichen gewesenen englischen Kriegsschiffen sind diese Resultate noch ungünstiger, namentlich in Bezug auf die Sterblichkeitsverhältnisse. Diese Zusammenstellung dürfte darlegen, daß es durchaus gerechtfertigt ist, wenn die Gesetze (Jno.-Gesetz vom 27. Juni 1871) bestimmen, daß die Seereisen der deutschen Kriegsschiffe nach Ostasien, sowie die Reisen, welche über 13 Monate dauern, bei der Pensionierung doppelt in Anrechnung kommen; denn die Wahrscheinlichkeit zu erkranken resp. zu sterben, ist auf auswärtigen Stationen erheblich höher als auf der heimathlichen Station.

Herr Stadt- und Kreisgerichtsrath Fahn ist zum Präsidenten des am 8. d. Mts. zusammentretenden Schwurgerichts ernannt.

In der letzten Sitzung des Ausschusses des Danziger Werders wurde der auf 31,040 \mathfrak{M} abschließende Anschlag von den in diesem Jahre auszuführenden Deich- und Uferbauten, sowie von den Bauten an den Gebäuden des Deichverbandes genehmigt; ebenso der in Einnahme und Ausgabe auf 38,210 \mathfrak{M} abschließende Etat pro 1872.

Das heute Abend von dem Vorstande des Armen-Unterstützungs-Vereins zum Besten dieses Vereins im Selenischen Stabstillement arrangirte große Gartenfest verpflanzte einen in jeder Beziehung nützlichen Verlauf nehmen zu wollen. Bei der Reichhaltigkeit des Programms und den sonstigen Arrangements wird der Besuch voraussichtlich ein sehr starker sein, da schon heute früh der größte Theil der numerirten Einge verkauft war. Die Quaschhoff'sche Künstler-Gesellschaft tritt übrigens heute zum vorletzten Male auf und beendet Morgen in einer Kinder- und einer Abendvorstellung ihr hiesiges Gastspiel.

Heute Morgen erlosch sich in Poppo in dem bei dem Kammern Grundstücke belegenen Wäldchen ein Schuttmachermeister aus Danzig.

Der belgische Vice-Consul E. C. Hay in Billau ist in der gleichen Eigenschaft Seitens des Reichsanzlers auch für den Hafen von Elbing beauftragt worden.

Elbing, 12. Juni. Zum Schutz der Speicher-Insel hat der Magistrat zunächst beschlossen, eine ständige Löschmannschaft auf derselben zu stationiren. Weitere sehr umfassende Maßnahmen werden alsbald in's Leben treten.

Graubenz, 11. Juni. Nach der Prämierung der ausgestellten Thiere hatte der Westpreussische Rennverein ein Pferderennen veranstaltet. Es fanden 4 Rennen statt: Hürden-Rennen, 1 Fiedr. Einlag; Sieger blieb der Wälschmühl des Lieutenant Voller-Indenau. Beim folgenden Trabrennen, Preis 50 \mathfrak{M} mit 3 \mathfrak{M} Einlag, siegte das Pferd des Herrn Kielemann aus Lopotzen. Als drittes Rennen war ein Bauernrennen angelegt, statt dessen fand ein Herrenreiten mit 1 \mathfrak{M} Einlag statt; erster Preis 25 \mathfrak{M} , zweiter Preis 10 \mathfrak{M} . Es siegte das Pferd des Administrators Schleiter aus Rittershausen. An dem Steeple-Chase theilnahmen sich 4 Herren. Den Vereinspreis mit 1000 Mark errang die Rennerstute des Baron Oppenheim, geritten von dem Redacteur Ambros aus Breslau. Unfälle kamen beim Rennen nicht vor, doch stürzte wiederholt das Orchester für die Musik zusammen. (Verb. Z.)

Sulm. Der Professor Dr. Haegeler hieselbst ist zum Director des kaiserlichen Lyceums zu Colmar ernannt worden. — Am 6. d. M. trafen 20,660 \mathfrak{M} (bar) unter 20,000 Mark in Gold zurückgelassene Unterstützungsgelder, welche der Culmer Kreis im Kriege aufgebracht hat, bei der hiesigen Kreis-Communal-Kasse ein.

Thorn, 10. Juni. Für das auf den 6. Juli d. J. hier projectirte Sängerkunst waren bis zum 9. d. M. als active Teilnehmer von auswärtig bestimmt angemeldet 124 Sänger, und zwar die Bromberger 31, bertafel mit 29 Personen, die aus Posen. Crone mit 13, aus Klat 18, aus Strasburg 16, aus Inowracław 13, aus Lodz (in Posen) 8, aus Lomaszow (auch in Posen) 6 und aus Schneidemühl 3 Sänger, aus den Orten Culm, Graubenz, Kiebn, Gumsier, St. Crone, Marien

in Seubude.
Morgen Donnerstags, den 13. Juni, um
jeden Donnerstags fährt das Dampfboot um
3 Uhr Nachmittags vom Johannisstrome und
um 8½ Uhr von Seubude zurück.
C. Jansen.